

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

(INSTITUT FÜR KONJUNKTURFORSCHUNG)

Wochenbericht

18. Jahrgang

Berlin, den 21. Dezember 1951

Nummer 51/52

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — ohne Quellenangabe nicht zulässig.

Die Lage der Weltwirtschaft und der westdeutschen Wirtschaft an der Jahreswende 1951/52

Bericht des Arbeitskreises „Konjunkturbeobachtung“
der Arbeitsgemeinschaft

deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e. V., Bonn

Die Lage der Weltwirtschaft

Die weltwirtschaftliche Lage ist seit dem Frühjahr weiterhin durch eine relativ große allgemeine Aktivität gekennzeichnet, aber diese Aktivität hat in den wichtigen Industrieländern nicht mehr — wie in den Monaten vorher — eine neue volkswirtschaftliche Expansion zur Folge gehabt. Produktion und Beschäftigung sind — von saisonalen Erscheinungen und einem leichten Rückgang im Konsumgütersektor abgesehen — in den meisten Ländern stabil geblieben. Das relativ lange Andauern der im großen und ganzen vorhandenen Stabilität auf hohem Niveau ist die Folge teils automatischer und teils bewußt mobilitierter kontraktiver Kräfte. Sie haben bisher ausgereicht, die von der Rüstung als nunmehr wichtigstem Fundament der gegenwärtigen Weltkonjunktur ausgehenden Auftriebstendenzen zu kompensieren. In letzter Zeit scheint sich durch steigende Konsumentennachfrage eine leichte konjunkturelle Aufwärtsbewegung anzubahnen.

Die Lage während des Sommers war entscheidend dadurch beeinflußt, daß die Rüstung in den Vereinigten Staaten und auch in den großen westeuropäischen Industrieländern erheblich langsamer in Gang gekommen ist, als ursprünglich beabsichtigt war. Die Drosselung der privaten Nachfrage durch Steuererhöhungen, kreditpolitische Maßnahmen und Investitionsbeschränkungen in den meisten westlichen Ländern war vorübergehend stärker wirksam als zweckmäßig und nicht elastisch genug, als daß eine kurzlebige Abschwächung in den ersten Sommermonaten verhindert werden konnte. Bereits der hohe Budgetüberschuß im USA-Haushalt am Ende des vergangenen Finanzjahres (30. 6. 1951: 3,5 Mrd. \$) hatte beträchtliche kontraktive Wirkungen auf

die amerikanische Wirtschaft. Der als Reaktion auf die Hortungskäufe des Vorjahres erklärlichen Zunahme der freiwilligen privaten Ersparnis kam in den letzten Monaten als kontraktives Moment noch erheblich größere Bedeutung zu. Sie hat die wirtschaftspolitischen Maßnahmen allem Anschein nach wirksamer unterstützt, als ursprünglich erwartet werden konnte. In den Vereinigten Staaten stieg die freiwillige private Ersparnis von einer Jahresrate von 8,5 Mrd. \$ im ersten Vierteljahr 1951 auf 22,2 Mrd. \$ im dritten Vierteljahr und betrug damit rund 10 vH der privaten Nettoeinkommen. Die starke private Sparneigung, die in etwas schwächerer Form auch in Westeuropa festgestellt werden kann, machte es bisher verhältnismäßig leicht, für die wachsende Rüstung die erforderlichen Produktionskapazitäten zur Verfügung zu stellen.

Inzwischen hat die Rüstung in den Vereinigten Staaten und einigen europäischen Industrieländern einen Umfang angenommen, der für einen vollen Ausgleich der kontraktiven Momente mehr als ausreicht. Die Gefahr einer Abwärtsspirale ist, wenn sie überhaupt gegeben war, inzwischen überwunden. Dem widerspricht nicht, daß die Produktionskapazität der Vereinigten Staaten gegenwärtig trotz der immer stärker werdenden Beanspruchung durch die Rüstung noch einen gewissen Spielraum für eine Erweiterung der Konsumgüterversorgung bietet. Daraus erklärt sich auch die im Sommer vorgenommene Lockerung der Kreditbeschränkungen für den Ankauf von dauerhaften Konsumgütern sowie für den Wohnungsbau in bestimmten Bezirken und für bestimmte Personengruppen. Das Ausmaß einer möglichen Expansion im rüstungsfernen Bereich wird allerdings mit dem Fortschreiten der

Rüstung zunehmend durch Engpässe in der Versorgung mit Werkzeugmaschinen und kritischen Materialien begrenzt. So sind die Zuteilungen von Stahl für die Herstellung von dauerhaften Konsumgütern und für die Errichtung bestimmter Industriebauten für das erste Vierteljahr 1952 erneut herabgesetzt worden, um die vordringlichen Investitionen im Rüstungsbereich sicherzustellen.

Während sich in den Vereinigten Staaten bis in die letzte Zeit hinein kontraktiv und expansiv wirkende Faktoren die Waage hielten, überwogen in wichtigen Industrieländern Westeuropas bis vor kurzem noch die auf eine weitere Expansion drängenden Faktoren. Entsprechend dem geringen Anteil, den hier die Rüstung am Sozialprodukt der einzelnen Länder zunächst beanspruchte, hielten sich — bei allerdings sehr viel niedrigerem Lebensstandard — die Einschränkungen der privaten Nachfrage in bescheidenem Rahmen. Auch von den öffentlichen Haushalten einzelner westeuropäischer Länder sind expansive Wirkungen ausgegangen. Zum Teil haben akute Engpässe in den Grundstoffindustrien die wirtschaftliche Entwicklung beeinträchtigt (z. B. Westdeutschland). Neuerdings erweisen sich wieder Zahlungsbilanzschwierigkeiten (Frankreich, Großbritannien) als Expansionshemmnisse.

In der Preisentwicklung bahnt sich offenbar eine neue Phase an. Während in den Vereinigten Staaten das Preisniveau seit Februar etwas gesunken ist, hat sich der Preisspiegel in wichtigen europäischen Industrieländern nach vorübergehender sommerlicher Stabilität im Frühjahr wieder gehoben. Neuerdings ist in den Vereinigten Staaten ein leichtes Anziehen der Stapelgüterpreise feststellbar. Moody's Index of Staple Commodities (31. 12. 1931 = 100) ist von seinem niedrigsten Stand am 18. September dieses Jahres — 451,0 — inzwischen wieder etwas gestiegen (14. 12. 1951: 456,3). Für drastische Preissteigerungen scheinen aber im Augenblick die Voraussetzungen zu fehlen. Die starken Preisschwankungen auf dem Baumwollmarkt müssen als Ausnahmen gewertet werden und sind nicht in der allgemeinen Konjunktorentwicklung begründet. Selbst auf politische Faktoren haben die Weltmärkte in letzter Zeit schwächer als etwa in der zweiten Jahreshälfte 1950 reagiert. Die Tatsache, daß die amerikanische Einkaufs- und Vorratspolitik seit einiger Zeit größere Rücksicht auf die Marktverhältnisse nimmt, ist hierfür sicherlich mit verantwortlich.

Da die Verteidigungsausgaben der Vereinigten Staaten (ohne finanzielle Auslandshilfe) nunmehr eine Jahresrate von rund 40 Mrd. \$ erreicht haben und weiter steigen werden, dürften hiervon in nächster Zeit stärkere Wirkungen als bisher auf die Wirtschaft der Vereinigten Staaten ausgehen. Insbesondere ist mit einem weiteren Anstieg der Privateinkommen zu rechnen, dem im späteren Verlauf des Jahres 1952 selbst bei gleichbleibender Sparquote voraussichtlich keine ausreichende Zunahme des Güterangebots mehr gegenüberstehen wird. Auch wenn der Zeitpunkt des Eintritts dieser Wirkungen durch geschickte Finanz- und Kreditpolitik noch weiter hinausgeschoben werden könnte, so ist es doch unwahr-

scheinlich, daß sich ein ähnlicher Rückgang der Konsumgüternachfrage wie im Laufe dieses Sommers in absehbarer Zeit wiederholen wird.

Die konjunkturellen Auftriebskräfte dürften in den nächsten Monaten mehr und mehr überwiegen. Hierfür sprechen bereits viele Anzeichen, wie z. B. die erneute Zunahme des privaten Verbrauchs in den Vereinigten Staaten und Europa, der leichte Anstieg des Preisniveaus, nicht zuletzt aber auch die gegenwärtige Lagerbewegung. Die amerikanische Stabilisierungspolitik wird bei ihrem Bemühen, die Gesamtnachfrage an das volkswirtschaftliche Produktionsvermögen anzupassen, auf größere Schwierigkeiten stoßen als bisher. Doch sind ihre Möglichkeiten noch keineswegs erschöpft.

Die konjunkturelle Entwicklung in den westeuropäischen Ländern ist zwar weniger eindeutig und zum Teil auch weniger lenkbar. Produktionsengpässe (Kohle, Stahl, Energie, Verkehr, Arbeitskräfte), vor allem aber akute Zahlungsbilanzschwierigkeiten (Frankreich, Großbritannien), lassen erkennen, daß die stärkeres Gewicht annehmende Rüstung dieser Länder die ohnehin bereits vorhandenen Spannungen verschärft hat und daß nunmehr schwerwiegende Veränderungen im Wirtschaftsbudget dieser Länder notwendig sind, wenn die innere finanzielle Stabilität nicht empfindlich gestört werden soll. Von einer Verbrauchsdrösselung allein kann allerdings keine Lösung der akuten Probleme erwartet werden. Die neue Welle der Geldverteuerung in Europa, die durch jene Zahlungsbilanzschwierigkeiten ausgelöst wurde, hat in jüngster Zeit auch auf den Kapitalmarkt übergegriffen. Die Erhöhung der Zinssätze ist als Vervollständigung der gegen Preissteigerungen gerichteten Wirtschaftspolitik zu bewerten, die im neuen Stadium der internationalen Rüstungskonjunktur notwendig geworden ist.

Die Lage der westdeutschen Wirtschaft

Die Stockung im Absatz und in der Produktion, die im Frühjahr und Sommer als Reaktion auf die vorangegangenen Übersteigerungen und zu einem gewissen Teil auch unter dem Druck der Engpaßsituation eingetreten war, ist im Herbst einer neuen Belebung gewichen. Seit August steigen sowohl in den Verbrauchsgüterindustrien wie in den Investitionsgüterindustrien Auftrags-eingang und Produktion wieder an. Schon im Oktober hatten Absatz und Produktion die Höhepunkte vom Frühjahr fast überall wieder erreicht. Auch den Tendenzen zum Rückgang der Preise, die im Frühjahr vor allem von den Weltwarenmärkten her ausgelöst worden waren, sind wieder stärkere Preissteigerungen gegenübergetreten.

Wenn die Wirtschaft in so verhältnismäßig kurzer Zeit die konjunkturelle Abschwächung überwinden konnte, so zeigt dies, daß sie in der Grundrichtung trotz der restriktiven Kreditpolitik weiterhin auf Expansion eingestellt ist. Das Tempo hat sich aber gegenüber den ersten Jahren des Wiederaufbaus und nach der Stimulierung, die in der zweiten Hälfte 1950 von dem Korea-Boom ausgegangen war, nun erheblich verlangsamt.

Die Industrieproduktion (ohne Baugewerbe und Genußmittelindustrie) ist von August bis Oktober 1951 um etwa 8,5 vH gestiegen und war damit (140; 1936 = 100) wieder etwas höher als im Mai. Im November hat der Anstieg weiter angehalten. Die Belebung wird vor allem von den Verbrauchsgüterindustrien getragen, deren Produktion in den vorausgegangenen Monaten freilich auch stärker als die der Investitionsgüterindustrien zurückgegangen war.

Angeregt wurde die Produktionsbelebung in den Verbrauchsgüterindustrien durch die wieder einsetzende Nachfrage des Handels. Der Auftragseingang hat sich (nach der neuen Volumenberechnung des Bundesministeriums für Wirtschaft) von seinem Tiefpunkt vom Juli bis Oktober um rund zwei Drittel erhöht. Dabei handelte es sich vor allem um die üblichen Vorbereitungen für das Herbst- und Weihnachtsgeschäft; in fast allen Branchen hat der Handel aber nach den zur Verfügung stehenden Unterlagen seine Lager in einem über das Saisonübliche hinausgehenden Tempo wieder aufgefüllt, nachdem er in den vorausgegangenen Monaten unter dem Einfluß des Preisrückgangs und der Zurückhaltung der Konsumenten seine Aufträge erheblich unter das Niveau des laufenden Absatzes reduziert hatte.

In der Intensität sowohl des Abstiegs im Frühjahr und Sommer wie in der Belebung im Herbst blieb jedoch die Produktion der Verbrauchsgüterindustrien erheblich hinter dem Auftrags- ein- gang zurück. Die Industrie hatte also den Nachfragerückgang weitgehend dadurch aufge- fangen, daß sie zunächst auf Lager arbeitete, was zur Folge hatte, daß nun auch die eingegangenen Aufträge zu einem nicht unerheblichen Teil aus den Vorräten erledigt werden konnten.

Die Wiederbelebung der Nachfrage in den Ver- brauchsgüterindustrien ging somit zunächst weni- ger von einer Steigerung der Verbrauchsausgaben der Konsumenten, sondern viel mehr von den Dispositionen des Handels aus.

Die Verbrauchsausgaben der Konsumenten, so- weit sie sich in den Einzelhandelsumsätzen niederschlagen, haben sich bis in den Herbst hin- ein kaum belebt. Die Einzelhandelsumsätze, noch im ersten Vierteljahr 1951 um 27 vH und im zweiten Vierteljahr um 11 vH höher als im Vor- jahr, waren im dritten Vierteljahr nicht einmal mehr ganz so hoch wie 1950 (wobei freilich in Rechnung zu stellen ist, daß damals die Umsätze nach dem Ausbruch des Konflikts in Korea vor- übergehend besonders lebhaft waren). Erst in den letzten Monaten sind sie wieder stärker ge- stiegen.

Demgegenüber hat, soweit Unterlagen darüber vorliegen, das Einkommen der Verbraucher trotz der Abschwächung der industriellen Produktion im Sommer weiter verhältnismäßig stark zuge- nommen. Die Zahl der Beschäftigten ist bis zu dem saisonüblichen Höhepunkt weiter gestiegen, und auch die Aufwärtsbewegung der Löhne und Gehälter ist noch im Gange, wenn sie auch neuer- dings an Intensität nachgelassen hat. Aus dem Aufkommen an Beiträgen zur Arbeitslosenver- sicherung läßt sich errechnen, daß das Ein- kommen der Arbeiter und Angestellten im zwei-

ten und im dritten Vierteljahr 1951 um rund 20 vH über Vorjahreshöhe lag. Dazu kommt die Erhöhung der Beamtengehälter und der Renten. Wenn sich demgegenüber die Entnahmen der Selbständigen unter dem Eindruck des Rück- schlags im Sommer in verschiedenen Bereichen vermindert haben mögen, so ging doch alles in allem die Erhöhung der Einkommen sicher nicht unbedeutend über die der Einzelhandels- umsätze hinaus.

Dieser Widerspruch ist zu einem Teil dadurch bedingt, daß sich die Ausgaben der Konsumenten, die sich nicht in den Einzelhandelsumsätzen niederschlagen, stärker erhöht haben als die Einzelhandelsumsätze. Dies gilt für einen großen Teil der Ernährungsausgaben soweit sie z. B. dem Nahrungsmittelhandwerk und dem Gaststätten- gewerbe zufließen; es gilt ferner für die Beträge, die die Bevölkerung für Reiseverkehr, Dienst- leistungen usw. ausgibt. Zum anderen ist jedoch offensichtlich die Ausgabeneigung der Konsu- menten nach den Kaufwellen im Winter 1950/51 wieder gesunken, worauf die Entwicklung der Spareinlagen hindeutet.

Die Nachfrage nach Nahrungsmitteln ver- stärkte sich vor allem bei den Veredlungserzeug- nissen. Das Angebot aus inländischer Erzeugung und Einfuhr konnte, von der Butter abgesehen, mit der Nachfragesteigerung nicht immer Schritt halten. Infolgedessen kam es zu beträchtlichen Preiserhöhungen, die infolge starker Verfütte- rung auch auf die Getreide- und Kartoffelmärkte übergegriffen haben. Bereits im Frühjahr hatte die Regierung die Getreidepreise erhöht, um das deutsche Preisniveau an das Niveau der Welt- marktpreise heranzuführen, dadurch Subven- tionen einzusparen und die heimische Erzeugung anzuregen. Im Oktober wurde aus den gleichen Gründen auch der Zuckerpreis heraufgesetzt. Die Entwicklung der Preise hat bei steigender Pro- duktion der Landwirtschaft zu einer Erhöhung der Verkaufserlöse geführt. Die Landwirtschaft war damit in der Lage, ihren Sachaufwand trotz steigender Betriebsmittelpreise zu verstärken und die Voraussetzungen für eine weitere Er- höhung der Produktion zu schaffen.

Der Nachfragerückgang hatte im Sommer auch auf die Investitionsgütermärkte übergegriffen, worauf die Verminderung des Auftragseingangs in einzelnen Bereichen hinweist. Dabei war nur die Nachfrage der Verbrauchsgüterindustrien nach Investitionsgütern gesunken, während die Nachfrage aller übrigen Bereiche der Wirtschaft, vor allem der Investitionsgüterindustrien selbst und der Grundstoffindustrien unverändert hoch geblieben war. Der Auftragsbestand in den In- vestitionsgüterindustrien war jedoch so hoch, daß anders als bei den Verbrauchsgüterindustrien ihre Produktion dadurch nicht beeinflußt wor- den ist.

Wenn die Produktion der Investitionsgüter- industrien trotzdem gesunken war, so ist dies nicht zuletzt durch Behinderungen in der Ver- sorgung mit Rohstoffen bedingt gewesen. Seit September nimmt auch der Auftragseingang in den Investitionsgüterindustrien wieder zu. Soweit die Investitionstätigkeit im Absatz an industriell erzeugten Fertigwaren (Maschinen usw.) zum

Ausdruck kommt, hat sie sich in den letzten Monaten wieder belebt.

Die Spannungen in der Kohlenversorgung haben sich im Herbst vermindert, nachdem die Einfuhren aus den Vereinigten Staaten seit September stark zugenommen haben, die Förderung im Oktober, namentlich aber im November kräftig gestiegen ist und die Exportverpflichtungen etwas verringert werden konnten. Auch haben die Verbraucher auf das wachsende Angebot außerhalb der Zuteilungen (Kleinzechen, Stollenbetriebe usw.) zurückgegriffen. Die Verknappung an Eisen und Stahl hat sich ebenfalls bei einigen Sorten etwas gelockert.

Die Bauwirtschaft hat freilich ihre Expansion seit Mai kaum mehr fortgesetzt. Entscheidend dafür waren der Mangel an erststelligen Hypotheken, in gewissem Umfang auch der Mangel an Baumaterialien und die Steigerung der Baukosten, die — um 20 vH höher als im Vorjahre — manches Bauprojekt nicht mehr zur Durchführung kommen ließen. Die von den Kapitalsammelstellen und aus Bundesmitteln für den Wohnungsbau ausgezahlten Finanzierungsmittel waren in den ersten drei Vierteljahren 1951 um rund ein Fünftel niedriger als im Vorjahr. Nachdem der hohe Überhang an unvollendeten Wohnungsbauten aus dem Vorjahr aufgearbeitet war, hat es der Bauwirtschaft an stärkeren Impulsen gefehlt, zumal der öffentliche Bau, vor allem für Besatzungszwecke, nicht den Umfang angenommen hat, der vielfach erwartet worden war, und da die gewerbliche und industrielle Bautätigkeit zurückgegangen ist.

Die nicht unbeträchtlichen Anregungen, die noch bis zum Sommer vom Export auf die Industrieproduktion ausgegangen waren, sind in den letzten Monaten erheblich schwächer geworden. Zum erstenmal seit 1949 hat der Auslandsabsatz der Industrie über mehrere Monate hinweg nicht mehr zugenommen. Die Stagnation im deutschen Export, die seit Juli unverkennbar ist, spiegelt auf der einen Seite den Rückgang der Nachfrage in wichtigen Absatzländern wider, der durch Vorteile nicht überkompensiert werden konnte, die Deutschland im Wettbewerb noch hatte. Zum anderen war die Stagnation offenbar auch durch Behinderungen in der deutschen Investitionsgüterproduktion durch die Engpässe bedingt.

Demgegenüber ist der Import in den letzten Monaten deutlich im Steigen begriffen, selbst wenn man die durch die Einführung des Wertzollverfahrens bedingte Übersteigerung im September entsprechend berücksichtigt. Die Einfuhr hatte zunächst den Rückschlag auszugleichen, der im zweiten Vierteljahr eingetreten war. Offenbar trägt jetzt aber auch die Belebung der Nachfrage im Inland wieder dazu bei, daß die Importneigung zunimmt, zumal die Preisentwicklung auf den Weltmärkten nicht mehr wie im Frühjahr zur Zurückhaltung Anlaß gibt.

Aus diesen Gründen ist der Ausfuhrüberschuß, der im zweiten Vierteljahr 1951 je Monat 116 Mill. DM betragen hatte, stark zurückgegangen. Für den Durchschnitt der Monate September bis November errechnet sich sogar ein Einfuhrüberschuß von 79 Mill. DM. Im kommerziellen

Außenhandel hat sich der Ausfuhrüberschuß von 331 Mill. DM je Monat im zweiten Vierteljahr auf 51 Mill. DM im Durchschnitt der Monate September und Oktober verringert.

Die Entwicklung des Außenhandels hat sich bisher in der Zahlungsbilanz noch nicht voll ausgewirkt. Diese war seit März aktiv. Bis Ende Oktober hatte sich eine Devisenreserve von rund 1,6 Mrd. DM angesammelt und die Bilanz Westdeutschlands gegenüber dem EZU-Raum vollkommen ausgeglichen. In den letzten Monaten sind jedoch von den Dollarkonten bereits wieder Beträge abgeflossen, und die Überschüsse in der Abrechnung mit der EZU haben sich im November stark vermindert.

Erleichternd für die Zahlungsbilanz wirkte die Verbesserung der terms of trade. Infolge der anhaltenden Steigerung der Ausfuhrpreise und des nun eintretenden Rückgangs der Einfuhrpreise hat die Tauschrelation im Außenhandel fast wieder den Stand der Zeit vor Mitte 1950 erreicht.

Der Ausdehnung der Produktion und der Umsätze stand auf der Geldseite der Wirtschaft eine Erweiterung des aktiven Geldvolumens gegenüber. Von Bedeutung war dabei, daß nach der Aufhebung der Bardepotpflicht seit Mitte September der Wirtschaft ein Betrag von 1,4 Mrd. DM zufließt, der, soweit er nicht zur Abdeckung von Kontokorrentkrediten benutzt wurde, die Depositen der Wirtschaft erhöht hat. Zu der Erweiterung des Geldvolumens haben ferner die Zuflüsse aus den Zahlungsbilanzüberschüssen beigetragen, die sich allerdings, wie erwähnt, in den letzten Monaten verringert haben.

Der Rückfluß aus den Bardepots hatte den Geschäftsbanken in beträchtlichem Umfang Zentralbankmittel zugeführt, die diese zum Teil dazu benutzten, Schatzwechsel und Schatzanweisungen des Bundes zu kaufen.

Von den öffentlichen Haushalten sind im dritten Vierteljahr keine expansiven Tendenzen mehr ausgegangen, wie dies infolge der verhältnismäßig hohen Defizite des Bundes bis dahin der Fall war. Die Steuereinnahmen sind seit den Sommermonaten verhältnismäßig stark gestiegen. Da demgegenüber die Ausgaben nur relativ wenig gewachsen sind und dem Bund STEG-Guthaben in Höhe von 250 Mill. DM übertragen wurden, hat sich die Kassenlage der öffentlichen Haushalte verbessert.

Der Rückschlag der Produktion im Sommer hatte sich auf dem Arbeitsmarkt nicht unmittelbar bemerkbar gemacht. Die Zahl der Beschäftigten in der Industrie ist noch bis zum Herbst gestiegen, da die Betriebe die Schwankungen im Arbeitsbedarf dadurch ausgeglichen hatten, daß sie Überstunden abbauten oder zu Kurzarbeit übergingen.

Im ganzen ist jedoch nicht zu verkennen, daß der Bedarf der Wirtschaft an Arbeitskräften schon seit dem Sommer weniger stark zunimmt als bis dahin. Die Gesamtzahl der beschäftigten Arbeitnehmer war Ende September um 590 000

höher als im Vorjahr, gegenüber 815 000 Ende Juni und 940 000 Ende März. Die Arbeitslosigkeit hat sich dem Niveau des Vorjahrs immer mehr genähert. Ende November war sie mit 1 307 000 nur noch um 9000 geringer. Das Wachstum im Bedarf an Arbeitskräften hat also den nach wie vor hohen Zugang zum Arbeitsmarkt gerade noch ausgleichen können.

Ausblick

Auch in den nächsten Monaten wird damit gerechnet werden können, daß sich die Wirtschaft — von den Saisonbewegungen abgesehen — weiter expandiert, allerdings nur noch in dem verlangsamten Tempo, das sich im Jahre 1951 eingestellt hat, nachdem die Übersteigerungen des Korea-Booms ausgeglichen worden sind. Bestimmend bleibt nach wie vor das Tempo, in dem es gelingt, die Engpässe zu erweitern, d. h. vor allem die Produktion an Kohle und Eisen zu steigern. Wenn die Witterung weiter günstig bleibt und es gelingt, die vorgesehenen Devisen für die Kohleneinfuhr bereitzustellen, ist für das erste Vierteljahr 1952 eine weitere Besserung in der Kohlenversorgung zu erwarten. Die Investitionen, die nun durch die Investitionshilfe möglich werden, können sich allerdings erst in geraumer Zeit auf die Entwicklung der Produktion auswirken.

Nachdem die binnenwirtschaftliche Abschwächung überwunden ist, die vorübergehend die Zahlungsbilanzsituation durch niedrige Einfuhren und verhältnismäßig hohe Exporte erleichtert hatte, ist nun damit zu rechnen, daß sich auch durch die Entwicklung der Zahlungsbilanz Be-

grenzungen für die weitere Expansion ergeben werden.

Die Stagnation in der Ausfuhr muß als ein Zeichen dafür aufgefaßt werden, daß es unter den gegebenen Verhältnissen in der Welt schwieriger wird, die Ausfuhr zu steigern, selbst wenn die Exportproduktion durch die Engpässe in den Grundstoffindustrien weniger stark behindert würde als bisher. Demgegenüber ist anzunehmen, daß mit der Belebung der Nachfrage im Innern die Einfuhr wächst, wobei die Reliberalisierung vorübergehend sogar zu einer stärkeren Erhöhung führen kann. Der kritischste Punkt in der Zahlungsbilanz ist die Dollarlücke. Sie ist dadurch bedingt, daß die Marshallplanhilfe ausläuft und der Einfuhrbedarf an lebenswichtigen Gütern, vor allem an Agrarerzeugnissen, zunimmt, der nur im Dollarraum gedeckt werden kann.

Geldwirtschaftlich expansive Wirkungen sind von den öffentlichen Haushalten zu erwarten, wenn die Besatzungskosten wieder stärker zunehmen und darüber hinaus ein Beitrag Westdeutschlands zur europäischen Verteidigung geleistet werden muß. Neue Maßnahmen zur Aufrechterhaltung des volkswirtschaftlichen Gleichgewichts und der öffentlichen Haushalte sind dann nötig. Führen die Belastungen zu Lohn- und Preiserhöhungen, so besteht die Gefahr inflatorischer Prozesse, die sich auch auf die Ausfuhr ungünstig auswirken müssen. Nur wenn der Bedarf für die Verteidigung laufend aus einer Erweiterung des Sozialprodukts gedeckt werden könnte, bestünde die Voraussetzung dafür, daß Investition und Verbrauch nicht gegenüber ihrem jetzigen Umfang eingeschränkt werden müßten.

Dieser Bericht wurde anläßlich der Essener Tagung des Arbeitskreises „Konjunkturbeobachtung“ am 18. Dezember 1951 von folgenden wirtschaftswissenschaftlichen Instituten verfaßt:

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (Institut für Konjunkturforschung)
Berlin

Ifo — Institut für Wirtschaftsforschung, München

Institut für landwirtschaftliche Marktforschung, Braunschweig-Völkenrode

Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel

Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung, Essen

Revision des sowjetzonalen Fünfjahrplans im Dienste der Ostintegration

Von den in letzter Zeit im Wirtschaftsleben der Sowjetzone eingetretenen Ereignissen verdienen vor allem der Abschluß des langfristigen Handelsvertrages mit der Sowjetunion und die mit diesem Vertragsabschluß in enger Folgewirkung stehende Revision des Fünfjahrplanes hervorgehoben zu werden.

Die Grundkonzeption sowie wesentliche Partien des am 27. September 1951 in Moskau mit Gültigkeit bis Ende 1955 abgeschlossenen Abkommens über den Warenaustausch zwischen der Sowjetunion und der Sowjetzone sind namentlich

durch den ausführlichen Kommentar¹⁾ des Vorsitzenden der sowjetzonalen Staatlichen Plankommission bekannt geworden. In diesem Kommentar wird darauf hingewiesen, daß es eine wesentliche Voraussetzung der in Moskau geführten Verhandlungen über einen langfristigen Handelsvertrag war, daß das „Projekt eines Planes der Entwicklung unserer Wirtschaft für die Jahre bis 1955 bestand“²⁾. „Gleichzeitig aber

¹⁾ Tägliche Rundschau, 16. 10. 1951.

²⁾ Gemeint ist die erste Fassung des sowjetzonalen Fünfjahrplanes, die Ende Juli 1950 auf dem Parteitag der SED veröffentlicht wurde.

Plandaten des Fünfjahrplans 1951-1955
der sowjetischen Besatzungszone¹⁾

	Ein- heit	1950	1955		Veränderung der revidierten gegen- über der ursprünglichen Planzahl 1955 i. v. H.
		Ist	Ur- sprüng- liche Plan- zahl	Revi- dierte Plan- zahl	
Landwirtschaft					
Gesamtanbaufläche	1000 ha	5011	5 120	5 126	+ 0,1
Durchschnittliche Erträge bei					
Getreide und Hülsenfrüchten	dz je ha	19,5	25	25	+ 0,0
Oelfrüchten	"	13,5	17	17	+ 0,0
Zuckerrüben	"	274	315	315	+ 0,0
Kartoffeln	"	180	200	205	+ 2,5
Viehbestände					
Pferde	1000	723	721	725,3	+ 0,6
Rinder insgesamt	"	3615	4 200	4 400	+ 2,3
darunter Kühe	"	1616	2 500	2 600	+ 4,0
Schweine insges.	"	5705	7 200	7 620	+ 5,8
darunter Sauen (über 6 Monate)	"	446	700	731	+ 4,4
Schafe	"	1085	1 800	1 800	+ 0,0
Industrieproduktion					
Produktions- güterindustrie					
Elektroenergie	Mrd. kWh	18,9	31,6	33,4	+ 5,7
Steinkohle	Mill. t	2,8	4,0	3,5	- 12,5
Braunkohle	"	137,2	205,0	225,2	+ 9,9
Braunkohlen- briketts	"	37,6	56,0	60,8	+ 8,6
Kupfererz	1000 t	803	.	2 650	.
Schwefelkies	"	91	.	122	.
Eisenerz	"	401	1 800	3 650	+102,8
Kalisalze (K ₂ O)	Mill. t	1,3	2,0	1,5	- 25,0
Schwefelsäure (SO ₃)	1000 t	233	400	450	+ 12,5
Aetznatron (NaOH)	"	150	250	300	+ 20,0
Kalkzinierte Soda (Na ₂ CO ₃)	"	99	380	640	+ 68,4
Stickstoffdünger (Reinstickstoff)	"	231	235	300	+ 27,7
Phosphordünger (Reinphosphor)	"	24	93	140	+ 50,5
Benzin	"	454	780	927	+ 18,8
Dieseltreibstoff	"	439	475	650	+ 36,8
Synthetischer Kautschuk	"	39,8	60	70	+ 16,7
Seife	"	34,2	100	99,3	- 0,7
Kraftfahrzeug- decken	1000	444	900	1 200	+ 33,3
Kunstseide	1000 t	9,4	32	34,5	+ 7,8
Kunstfasern	"	85,4	126	126,8	+ 0,6
Investitions- güterindustrie					
Roheisen	1000 t	337	1 250	2 000	+ 60,0
Rohstahl in Blöcken	"	995	3 000	3 115	+ 3,8
Walzstahl	"	764	2 200	2 200	+ 0,0
Landwirtschaftliche Maschinen	Mill. ²⁾ DM	66	162	102	- 37,0
Traktoren	Stück	5405	12 000	.	.
Zement	1000 t	1389	2 600	4 000	+ 53,8
Ziegelsteine	Mill. Stück	1376	3 000	3 300	+ 10,0
Dachziegel	"	284	550	641	+ 16,5
Verbrauchs- güterindustrie					
Garne	1000 t	167,5	240	262	+ 9,2
Gewebe	Mill. qm	261,2	525	525	+ 0,0
Strümpfe u. Socken	Mill. Paar	116,0	230	230	+ 0,0
Trikotagen	Mill. Stück	60,0	135	135,8	+ 0,6
Lederschuhe	Mill. Paar	8,0	21	24	+ 14,3

¹⁾ Nach Angaben der sowjetzonalen Wirtschaftsverwaltung, vgl. „Tägliche Rundschau“, 27. 7. 1950 und „Gesetzblatt der DDR“, 1951, S. 973. — ²⁾ Planzahl.

haben“, bemerkt der Kommentar weiter, „die langfristigen Handelsverträge große Auswirkungen auf den Fünfjahrplan selbst.“ Der Ausgangspunkt der Verhandlungen sei der Warenbedarf beider Partner. „Das erfordert beiderseitig eine ernste Überprüfung der Produktionspläne und teilweise ihre Ergänzung, Erweiterung und Abänderung.“

Diese Planänderungen sind in der Anfang November 1951 veröffentlichten Neufassung des Fünfjahrplanes vollzogen worden. Ein Vergleich der beiden Fassungen des Fünfjahrplanes miteinander unter Heranziehung der bekannt gewordenen Bestimmungen des ebenfalls bis Ende 1955 laufenden Handelsvertrages der Sowjetunion mit der Sowjetzone ist in vielfacher Hinsicht aufschlußreich.

Die revidierte Fassung des Fünfjahrplanes gibt für die Ackerbauerzeugung fast durchweg die gleichen Planziele an, die bereits in der ersten Fassung genannt waren. Dagegen sind die Planzahlen für die Viehbestände mit Ausnahme der Schafe überall erhöht worden.

Nachdem die sowjetzonale Agrarpolitik seit 1946 durch eine Vergrößerung der Brotgetreidefläche auf Kosten des Futtergetreideanbaues insbesondere die Roggenproduktion gesteigert hatte, war es möglich, die Brottraktionierung am 1. Januar 1951 aufzuheben. Die Unterversorgung mit Fleisch und Fett, die beide noch rationiert sind, bleibt nach wie vor sehr fühlbar.

Ein deutliches Symptom dieser Unterversorgung ist der trotz der Anfang Dezember 1951 erfolgten teilweisen Senkung der HO-Preise für Lebensmittel und Verbrauchsgüter³⁾ noch immer sehr hohe Preisstand für die hochwertigen Nahrungsmittel⁴⁾.

Nach fünfviertel Jahren ist das die erste Preissenkung für Fett und Fleisch, aber noch immer sind sie um ein Mehrfaches teurer als die vergleichbaren westdeutschen und Westberliner Waren, die sämtlich unrationiert sind. Zudem wird in der Sowjetzone und Ostberlin frei verkäufliches Fett und Fleisch nur unregelmäßig und unzureichend angeboten.

Die Deckung der besonders empfindlichen Futtergetreidelücke überträgt die Sowjetzonenverwaltung — neben der vertraglichen Festlegung von Weizenbezügen — fast ausschließlich der Sowjetunion, im übrigen deren Satellitenstaaten, und zwar in einer handelspolitisch bindenden Form. Dadurch gerät die Sowjetzone auf Jahre hinaus in eine Abhängigkeit und übernimmt sie zugleich ein Preisrisiko, das bei wahlfreiem Einkauf auf dem Weltmarkt nicht gegeben wäre. Eine weitere handelspolitische Bindung der Sowjetzone ergibt sich daraus, daß die Sowjetunion bei Waren, die sie selbst einführt, wie Wolle und Tabak, der Sowjetzone gegenüber die Rolle des Zwischenhändlers übernimmt.

³⁾ Am 9. Dezember 1951 sind die Preise einer Reihe der in den Läden der Staatlichen Handelsorganisation (HO) und zum Teil auch in anderen Läden frei verkäuflichen Waren gesenkt worden. Vgl. Tägliche Rundschau, 9. 12. 1951.

⁴⁾ So kosten ab 9. Dezember 1951 in der HO: 500 g Butter 10,— DM-Ost (in Westberlin 3,20 DM-West), 500 g Margarine 6,25 DM-Ost (gegen 1,10 DM-West), 500 g Schweinefleisch (Kotelett) 6,40 DM-Ost (gegen 2,40 DM-West).

Die bei der Revision des sowjetzonalen Fünfjahresplanes maßgebenden Tendenzen werden besonders deutlich durch einen Vergleich der Planzahlen mit den langfristigen Handelsverträgen der Sowjetzone⁵⁾. Obwohl eine eigene Koksproduktion in der Sowjetzone fast völlig fehlt, ist bei der Roheisenerzeugung eine Heraufsetzung des sowjetzonalen Planzieles für 1955 von 1,25 Mill. t auf 2,0 Mill. t, also um 60 vH, dekretiert worden. Das war jedoch erst möglich, nachdem Kokslieferungen nicht nur aus dem heutigen polnischen Verwaltungsgebiet und aus der Tschechoslowakei, sondern erstmalig auch aus der Sowjetunion (jährlich 250 000 t) vertraglich festgelegt worden waren⁶⁾. Die Steigerung der Roheisenproduktion der Sowjetzone bedingt dazu einen höheren Einsatz von Eisenerz. Dieser soll sowohl durch vertraglich vereinbarte Lieferungen aus Südrußland als auch durch eine prozentual sehr erhebliche Steigerung der eigenen Eisenerzförderung gedeckt werden. Dementsprechend ist die Planzahl für 1955 von 1,8 auf 3,65 Mill. t Roherz heraufgesetzt, also reichlich verdoppelt worden.

Die Eisen- und Stahlbasis der Sowjetzone ist nach wie vor zu schmal⁷⁾. Das gilt nicht nur im Hinblick auf die Anforderungen der Bauwirtschaft und des Verkehrswesens, sondern gerade auch im Verhältnis zu dem geplanten Bedarf der sowjetzonalen Maschinenindustrie, deren Produktion namentlich mit Rücksicht auf die Anforderungen der Sowjetunion bis 1955 mehr als verdoppelt werden soll (Planzahl 1955 = 214,8 vH des Standes von 1950). Neben den vorgesehenen eigenen Produktionssteigerungen in der eisen-schaffenden Industrie, deren Erreichung von kaum erfüllbaren Voraussetzungen abhängig ist, soll daher die Sowjetzone auf Grund des neuen

Handelsvertrages die Hälfte ihres Bedarfs an Walzwerkserzeugnissen sowie den Hauptteil ihres Importbedarfs an Roheisen aus der Sowjetunion beziehen.

Ohne die sowjetischen Lieferungen von Vorprodukten wäre eine Realisierung der handelsvertraglich festgelegten Lieferungen des sowjetzonalen Besatzungsgebietes an die Besatzungsmacht gar nicht möglich. Sie sollen vor allem die Lieferung von Maschinen, Motoren, Betriebsausrüstungen aller Art sowie Meß- und Prüfgeräte, Fernsehempfänger usw. umfassen.

Besonderen Wert legt die Sowjetunion auf den Bezug von großen Karussell-Drehbänken über 1600 mm. Die Sowjetzone hat ihre Produktion erst 1951 aufgenommen. Auf Wunsch der Sowjetunion wurde die für 1952 ursprünglich mit 3 Stück vorgesehene Exportplanung vervielfacht, der Produktionsplan für 1952 von ursprünglich 28 auf 85 Stück heraufgesetzt.

Die Werftindustrie der Sowjetzone hat ihre Exportkapazität restlos in den Dienst der Sowjetunion gestellt, so daß Aufträge aus den übrigen Ostblockstaaten abgelehnt werden mußten.

Die Richtung, nach der hin die sowjetzonalen Maschinenbaukapazitäten eingesetzt und entwickelt werden sollen, ist nicht nur aus den Handelsvertragsbestimmungen, sondern auch aus der Revisionstendenz des sowjetzonalen Fünfjahresplanes zu erkennen. Die Endplanung (1955) für landwirtschaftliche Maschinen ist von 162 auf 102 Mill. DM herabgesetzt worden.

Eine hohe Parallelität besteht zwischen den handelsvertraglich gesicherten erhöhten Anforderungen der Sowjetunion auf dem Gebiet der chemischen Produktion und den in der revidierten Fassung des Fünfjahresplanes vorgesehenen Planheraufsetzungen.

Ein völliges Novum stellt das gleichzeitig mit dem Handelsvertrag zwischen der Sowjetunion und ihrer Besatzungszone abgeschlossene „Abkommen über die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit“ dar. Es bedeutet die laufende restlose Auslieferung sämtlicher Produktionsgeheimnisse der Sowjetzone an die Besatzungsmacht⁸⁾.

Durch die kombinierte Wirkung dieser sowjet-russisch-sowjetzonalen Verträge und des revidierten Fünfjahresplans wird die Einbeziehung der mitteldeutschen Wirtschaft, insbesondere ihrer Grundstoff- und Investitionsgüterindustrien, in den Dispositionsbereich der sowjetischen Wirtschaft noch enger und umfassender, als dies bisher schon der Fall war.

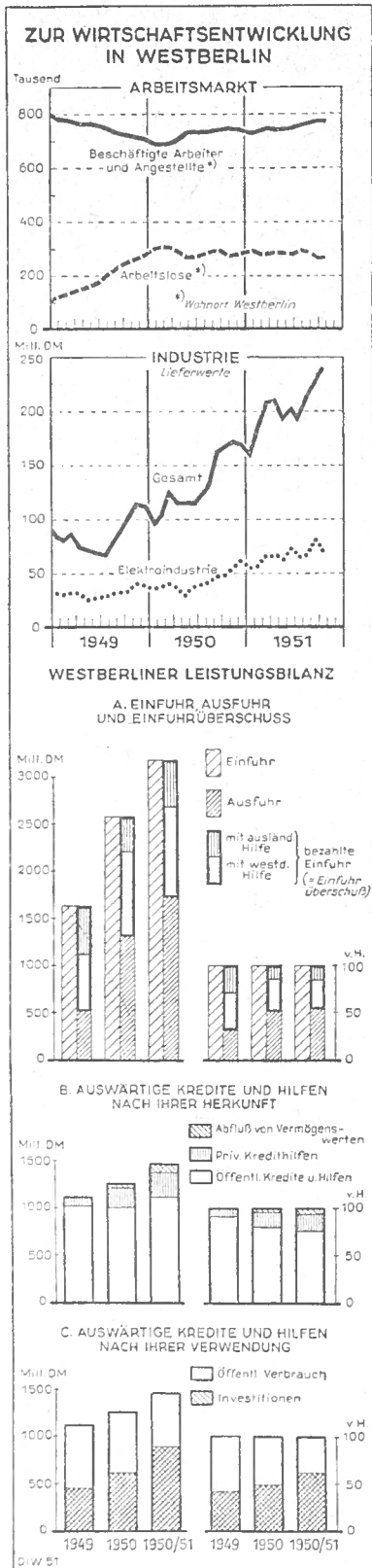
⁵⁾ Außer dem am 27. September 1951 in Moskau unterzeichneten bis 1955 geltenden Handelsvertrag mit der Sowjetunion hat die Sowjetzone am 10. November bzw. 1. Dezember 1951 ebenfalls bis 1955 gültige Handelsabkommen mit Polen und der Tschechoslowakei abgeschlossen. (Neues Deutschland, 11. 11. und 2. 12. 1951). Mit Ungarn ist am 29. November 1951 zunächst ein Jahresabkommen für 1952 geschlossen worden. (Neues Deutschland, 30. 11. 1951). Der Abschluß langfristiger Handelsverträge „mit allen Volksdemokratien“ ist bis Ende 1951 geplant (Berliner Zeitung, 28. 11. 1951).

⁶⁾ Über die Koksversorgung äußerte sich der Vorsitzende der sowjetzonalen Plankommission: „Die Versorgung unserer Wirtschaft mit Koks ist eine unserer größten Sorgen in der Durchführung unseres Fünfjahresplans. Es handelt sich nicht nur um den Mehrbedarf des Hüttenkombinats Ost, der durch die Lieferung aus der Volksrepublik Polen gedeckt wird. Auch die übrige Metallurgie und andere Produktionszweige benötigen große und jährlich enorm wachsende Mengen an Koks. Entsprechend haben wir auch bei der Regierung der Sowjetunion beantragt, uns Koks zu liefern. Im Außenhandelsplan der Sowjetunion waren solche Lieferungen nicht vorgesehen. Auch in diesem Fall wurde der Plan geändert und die Lieferung von jährlich 250 000 Tonnen Koks im Vertrag festgelegt. Unsere Koksorgen sind damit zwar nicht beseitigt, aber doch etwas kleiner geworden.“ (Tägliche Rundschau, 16. 10. 1951).

⁷⁾ Symptomatisch für die augenblickliche Lage ist die folgende Bemerkung in der Täglichen Rundschau vom 12. 12. 1951: „Die Produktionsleistungen unserer Siemens-Martin-Stahlwerke in der DDR — man kann wohl behaupten, fast aller SM-Stahlwerke — sind stark an die Schrottlieferungen von außerhalb gebunden. Leider aber bestehen in der Schrottzulieferung von außerhalb große Engpässe. Dadurch wird die gesamte Schrottplanung über den Haufen geworfen. Eine Untersuchung der Lieferungen im Oktober im Stahl- und Walzwerk „Wilhelm Florin“ VEB, Hennigsdorf, ergab, daß lediglich an sieben Tagen des ganzen Monats die im Plan festgelegte Menge Schrott von außerhalb geliefert wurde, während an den übrigen Tagen eine starke Unterbelieferung zu verzeichnen ist.“

⁸⁾ „Wissenschaftlich-technischer Austausch, das heißt Austausch von Erfindungen, von technologischen Erfahrungen, von wissenschaftlichen Forschungsergebnissen, von den Erfolgen der Neuerer der Arbeit, von all dem, was man unter Fabriksgeheimnis im Kapitalismus verstand“. Berliner Zeitung, 19. 10. 1951, Artikel: „Vor Freunden haben wir keine Geheimnisse — Zum deutsch-sowjetischen Abkommen über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit“.

Westberliner Wirtschaftslage Mitte Dezember 1951



Die saisonübliche Abschwächung bei einzelnen Wirtschaftszweigen hat im November einen geringen und in der ersten Dezemberhälfte einen stärkeren Rückgang der Beschäftigtenzahl verursacht. Immerhin liegt die Zahl der Beschäftigten um 23 000 höher als im Vorjahr. Unter Berücksichtigung der Veränderung des Grenzgängersaldos ist zu errechnen, daß in Westberlin im Jahr 1951 über 40 000 Arbeitsplätze zusätzlich besetzt wurden. Hierbei handelt es sich durchweg um reguläre Arbeitsplätze, da die Zahl der Notstandsarbeiter heute etwa genau so groß ist wie vor Jahresfrist. Die Zahl der Arbeitslosen betrug Ende November 264 000 Personen gegenüber 279 000 Personen zur gleichen Zeit des Vorjahres, allerdings wird dieser Vergleich durch die inzwischen erfolgte Umstellung der Statistik beeinträchtigt.

Innerhalb der Industrie stieg die Zahl der Beschäftigten von 150 000 Ende Oktober 1950 auf 170 000 Ende Oktober 1951. Nicht einbezogen sind in diesen Ziffern die Heimarbeiter, die hauptsächlich in der Bekleidungsindustrie tätig sind und deren Zahl sich besonders stark vermehrt haben dürfte, da die Bekleidungsindustrie 1951 ihren Umsatz stark erhöhen konnte und im Oktober 1951 erstmals den Stand von 1936 erreichte.

Die industrielle Produktion Westberlins war — dem Volumen nach — gegenüber dem Vorjahr im Oktober 1951 um knapp 20 vH höher. Die Zunahme verteilt sich auf fast sämtliche Industriezweige, besonders auf den Maschinenbau und auf die Bekleidungsindustrie. — Die industriellen Lieferwerte waren mit 240 Mill. DM im Oktober 1951 um 40 vH höher als im Oktober 1950, wobei die durchschnittliche Preiserhöhung etwa 15 vH betrug. Diese Ergebnisse dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, daß der erzielte Fortschritt zum größten Teil bereits Ende 1950 in Auswirkung der Korea-Hausse erfolgte, seit März 1951 sind — wie dies auch in Westdeutschland der Fall ist — die Fortschritte wesentlich geringer.

Auch die Handelstätigkeit hat sich im Laufe des letzten Jahres erfreulich belebt, die Zahl der dort Beschäftigten hat um rd. 7000 zugenommen. Andererseits ging die Beschäftigtenzahl des Bauhauptgewerbes gegenüber Oktober 1950 zurück. Trotzdem waren die dort erzielten Umsätze — einmal wegen der eingetretenen Preissteigerungen, zum anderen wegen der Strukturveränderungen (Rückgang der Entrümmung) — nahezu ebenso hoch wie vor Jahresfrist.

Auch die Verflechtung Westberlins mit der übrigen Welt hat 1951 erhebliche Fortschritte gemacht. Der Wert der Westberliner Ausfuhr von Gütern und Diensten nach Westdeutschland und in die übrige Welt dürfte 1951 nahe an 2 Mrd. DM herankommen gegenüber rd. 1,3 Mrd. DM im Jahr 1950. Da die Einfuhr 1951 um etwa 0,8 Mrd. DM höher liegen wird als 1950, ergibt sich ein anhaltend hoher Außenbeitrag, der allerdings in viel stärkerem Ausmaß als bisher zur Investitionsfinanzierung verwendet wurde und damit die unentbehrliche Voraussetzung zur Neuschaffung von Arbeitsplätzen war.

Die Investitionen waren 1951 höher als jemals seit Kriegsende und lagen ebenso wie im Bundesgebiet sogar über dem Niveau von 1936. Allerdings mußten zu ihrer Finanzierung in weit höherem Maße als dies in der Bundesrepublik der Fall war, auswärtige Finanzierungsmittel herangezogen werden.

Wenn auch die wirtschaftliche Lage Westberlins sich im Laufe des Jahres 1951 nicht unwesentlich gebessert hat, so wird trotzdem das Gesamtbild durch die immer noch außerordentlich hohe Arbeitslosigkeit stark getrübt. Es ist daher dringend erforderlich, den zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit entwickelten Long-termplan mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu fördern. Auch das Notstandsprogramm ist in diesem Zusammenhang von besonderer Bedeutung. Es erfüllt im wesentlichen zwei Funktionen: mit seiner Hilfe werden beträchtliche Investitionen finanziert (bisher 46 vH der Gesamtausgaben). Gleichzeitig wird ein sofortiger sozialer Effekt erzielt. Auch durch die eigentlichen Notstandsarbeiten wie Entrümmungsarbeiten und Instandsetzung von Grünanlagen (insgesamt 54 vH der Gesamtausgaben) werden, vom gesamtwirtschaftlichen Standpunkt aus betrachtet, Werte von nicht zu unterschätzender Bedeutung geschaffen.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin-Dahlem, Pacelliallee 6, und Bonn, Schaumburg-Lippe-Straße 6.

Präsident: Dr. Ferdinand Friedensburg. Abteilungsleiterkollegium: Prof. Dr. Bruno Gleitze, Dr. Ferdinand Grünig, Prof. Dr. Bruno Kiesewetter, Dr. Hans Liebe, Dr. Karl Georg Mahne, Prof. Dr. Joachim Tiburtius, Dr. Albert Wissler.

Schriftleitung: Dr. Hans Liebe, Berlin-Frohnau, Edelhofdamm 36. Verlag: Duncker & Humblot, Berlin-Lichterfelde, Geraniestraße 2. Druck: Buch- und Kunstdruckerei Gustav Ahrens, Berlin N 65. Alle Rechte vorbehalten. Printed in Germany. Bezugspreis für den Jahrgang (einschließlich Zustellung im Inland) DM 30,—, halbjährlich DM 16,—, vierteljährlich DM 9,—.

— Diese Nummer umfaßt 8 Textseiten und 2 Zahlenbeilagen —

Gegenstand	Ge- biet*)	Einheit†)	1950				1951											
			Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	
Anzahl der Werktage:			26	26	25	24	26	24	25	25	23,5	26	26	27	25	27	25	
Beschäftigung und Arbeitslosigkeit																		
Beschäftigte 1)	DBR	1000	E	14296	.	.	14163	.	.	14246	.	.	14721	.	.	14885	.	.
"	W-B	"	"	740	746	745	738	733	740	745	743	747	750	756	765	767	771	770
"	O-B	"	"	525	529	532	534	534	536	.	.	.	.	.	.	.	.	.
darunter weibliche	DBR	vH	"	30,1	.	.	30,8	.	.	30,8	.	.	30,6	.	.	30,6	.	.
"	W-B	"	"	40,9	41,0	41,2	41,4	41,7	41,7	41,8	41,9	41,9	41,7	41,9	41,8	41,9	41,8	41,9
"	O-B	"	"	43,7	43,9	43,9	44,1	44,1	44,2	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Arbeitslose bei den Arbeitsämtern	DBR	1000	"	1272	1280	1316	1690	1821	1662	1567	1446	1387	1326	1292	1259	1235	1214	1307
"	W-B	"	"	295	278	279	286	292	286	284	290	287	286	292	285	268	263	264
"	O-B	"	"	31	29	29	28	29	28	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Anteil der Arbeitslosen an den Arbeitnehmern 2)	DBR	vH	"	8,2	.	.	10,7	.	.	9,9	.	.	8,3	.	.	7,7	.	.
"	W-B	"	"	28,5	27,2	27,3	28,0	28,5	27,9	27,6	28,1	27,7	27,6	27,9	27,1	25,9	25,4	25,6
"	O-B	"	"	5,6	5,3	5,1	4,9	5,1	4,9	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Unterstützte Arbeitslose 3)	DBR	1000	"	1030	984	1034	1235	1542	1449	1346	1213	1166	1110	1070	1040	1020	1002	.
"	W-B	"	"	167	166	170	180	185	183	180	185	185	184	185	179	178	179	180
Arbeitsunfähige Kranke 4)	DBR	"	"	457	466	454	512	584	573	472	448	443	459	467	488	490	.	.
Offene Stellen b. d. Arb.-Ämtern	W-B	"	"	142	130	100	72	104	132	145	135	127	126	125	123	124	106	.
"	"	"	"	3,8	3,2	2,6	1,7	2,5	3,0	2,1	2,2	2,2	1,8	1,9	1,8	2,0	1,8	1,5
Beschäftigung d. Industrie 5)																		
Beschäftigte, gesamte Industrie	DBR	1000	E	5004,5	5074,6	5098,6	5058,0	5151,9	5199,3	5242,0	5317,5	5344,8	5353,3	5367,0	5397,9	5406,8	.	.
dar.: Bergbau	"	"	"	603,4	601,9	602,9	603,7	607,2	609,7	614,0	625,0	628,1	629,9	630,3	632,9	632,3	.	.
Steine und Erden	"	"	"	211,9	207,5	201,2	187,2	184,8	194,1	204,1	220,3	228,6	230,8	231,4	231,7	229,8	.	.
Eisen und Stahl	"	"	"	226,7	228,3	229,2	229,9	175,4	176,2	176,7	179,9	181,6	182,4	183,9	185,4	184,6	.	.
NE-Metalle	"	"	"	56,6	57,9	58,7	58,5	60,5	61,5	62,2	63,2	63,7	64,0	64,8	65,3	64,3	.	.
Stahlbau	"	"	"	123,0	124,6	124,3	122,4	118,4	117,6	118,1	120,1	120,8	121,1	122,8	124,6	126,1	.	.
Maschinenbau	"	"	"	465,5	471,3	476,6	479,2	487,1	493,5	500,1	513,1	518,4	523,9	528,9	534,6	537,0	.	.
Fahrzeugbau	"	"	"	199,7	202,6	204,8	206,1	204,0	206,6	211,0	212,9	215,4	213,6	211,6	210,3	209,3	.	.
Schiffbau	"	"	"	46,6	46,8	46,3	46,7	47,6	47,9	48,3	50,7	51,8	52,4	52,9	53,0	51,9	.	.
Elektrotechnik	"	"	"	265,2	272,5	277,3	277,7	290,8	293,5	296,2	300,3	302,1	305,4	309,6	313,6	313,5	.	.
Feinmechanik und Optik	"	"	"	80,8	82,9	84,2	84,6	87,7	89,3	90,2	92,2	93,0	93,6	94,3	95,5	96,6	.	.
Eisen-, Blech- u. Metall- waren	"	"	"	.	.	.	.	258,2	261,5	260,0	263,3	264,2	262,8	265,2	264,7	262,7	.	.
Chemie	"	"	"	291,3	293,7	294,0	292,4	294,4	298,0	301,8	304,3	305,7	307,0	308,8	311,6	311,6	.	.
Holzverarbeitung	"	"	"	175,9	179,8	182,4	180,4	180,9	182,5	183,8	185,5	185,5	184,9	184,4	185,2	185,0	.	.
Textil	"	"	"	542,8	555,3	561,8	560,7	581,7	585,8	588,9	592,3	591,1	587,3	584,3	581,9	580,4	.	.
Bekleidung	"	"	"	213,6	220,7	223,6	221,2	232,3	236,5	238,9	240,6	234,7	230,4	227,0	228,5	227,7	.	.
Nahrungsmittel	"	"	"	240,0	244,7	216,6	219,3	219,6	217,4	210,8	209,6	215,9	219,4	225,4	232,2	239,3	.	.
Genußmittel	"	"	"	129,8	130,3	130,3	129,0	130,9	130,3	129,4	128,3	128,2	127,4	128,2	129,8	130,6	.	.
Beschäftigte, gesamte Industrie	"	1949 = 100	"	113,4	115,0	115,5	114,6	114,7	115,8	116,8	118,5	119,1	119,3	119,6	120,3	120,5	.	.
" Produktionsgüterind.	"	"	"	111,0	112,1	112,7	112,2	112,5	113,8	119,2	121,6	122,7	123,3	123,8	124,5	124,4	.	.
" Verbrauchsgüterind.	"	"	"	117,8	120,3	120,8	119,0	118,7	119,3	112,1	112,4	112,1	111,6	111,5	112,1	112,9	.	.
Darunter Arbeiter 6)																		
Gesamte Industrie	DBR	1000	E	4246,4	4310,3	4328,6	4285,4	4359,7	4402,5	4437,8	4501,2	4524,0	4529,3	4539,8	4563,9	4570,5	.	.
"	"	1949 = 100	"	113,8	115,5	116,0	114,8	114,8	115,9	116,8	118,5	119,1	119,2	119,5	120,1	120,3	.	.
Produktionsgüterindustrien	"	"	"	111,2	112,4	112,8	112,2	112,3	113,6	119,2	121,7	122,9	123,5	123,9	124,6	124,4	.	.
Verbrauchsgüterindustrien	"	"	"	118,7	121,4	121,9	119,8	119,5	120,2	112,6	112,8	112,3	111,6	111,5	112,1	112,9	.	.
Geleistete Arbeiterstunden																		
Gesamte Industrie	DBR	Mill.	S	822,4	853,4	864,5	816,7	843,7	797,8	844,9	855,6	840,4	859,2	842,0	859,9	832,8	.	.
"	"	1949 = 100	"	120,3	124,8	126,4	119,4	121,3	114,7	121,5	123,0	120,8	123,5	121,0	123,6	119,7	.	.
Produktionsgüterindustrien	"	"	"	117,5	121,0	122,4	116,9	119,5	112,7	124,7	126,3	130,5	129,0	130,1	124,3	.	.	.
Verbrauchsgüterindustrien	"	"	"	125,5	131,9	133,9	124,2	124,6	118,4	115,7	115,1	110,8	110,8	106,4	111,6	111,2	.	.
Tägliche Arbeitszeit 7)																		
Gesamte Industrie	DBR	Std.	TD	7,45	7,61	7,99	7,94	7,44	7,55	7,62	7,60	7,91	7,30	7,13	6,98	7,29	.	.
"	"	1949 = 100	"	103,8	106,0	111,3	110,6	103,8	105,3	106,2	105,9	110,2	101,7	99,3	97,2	101,5	.	.
Produktionsgüterindustrien	"	Std.	"	7,45	7,60	7,96	7,96	7,51	7,79	7,67	7,68	8,02	7,45	7,34	7,10	7,33	.	.
"	"	1949 = 100	"	103,6	105,7	110,7	110,7	104,5	108,4	106,7	106,8	111,5	103,6	102,1	98,8	102,0	.	.
Verbrauchsgüterindustrien	"	Std.	"	7,44	7,64	8,04	7,91	7,33	7,51	7,52	7,46	7,68	6,98	6,71	6,74	7,20	.	.
"	"	1949 = 100	"	103,6	106,4	112,0	110,2	102,2	104,7	104,8	104,0	107,1	97,3	93,5	93,9	100,3	.	.
Industr.Arbeitsproduktivität 8)																		
je Beschäftigten	DBR	1949 = 100	D	126,1	127,9	131,4	126,1	123,4	129,1	130,7	132,5	133,1	131,0	125,9	122,7	127,7	.	.
Gesamte Industrie	"	"	"	130,6	132,7	136,9	130,9	128,0	134,1	131,1	132,8	133,0	131,9	126,9	121,9	127,0	.	.
Produktionsgüterindustrie	"	"	"	115,9	117,4	120,0	115,5	113,8	118,3	128,1	130,1	131,1	125,7	120,6	122,6	127,4	.	.
Verbrauchsgüterindustrie	"	"	"	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
je Arbeiterstunde	DBR	1949 = 100	D	120,9	120,0	118,1	113,8	118,8	122,3	122,6	124,5	120,4	128,4	126,5	126,1	125,7	.	.
Gesamte Industrie	"	"	"	125,9	125,4	123,6	118,3	122,9	127,5	122,9	124,3	119,1	127,0	124,1	123,4	124,5	.	.
Produktionsgüterindustrie	"	"	"	110,0	108,7	106,9	104,2	110,0	111,3	120,8	123,5	121,6	129,0	129,4	130,9	126,8	.	.
Verbrauchsgüterindustrie	"	"	"	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Stundenverdienste d.Arbeiter																		
Lohnempfänger insgesamt	VWG	Pf	D	127,7	.	.	133,9	.	.	138,3	.	.	149,4	.	.	.	.	.
"	"	1949 = 100	"	107,5	109,2	111,0	112,7	114,0	115,2	116,4	119,5	122,7	125,8	.	.	.	.	.
männliche Arbeiter	"	Pf	"	139,8	.	.	146,9	.	.	152,1	.	.	162,8	.	.	.	.	.
"	"	1949 = 100	"	108,2	110,0	111,9	113,7	115,1	116,4	117,7	120,5	123,2	126,2	.	.	.	.	.
weibliche Arbeiter	"	Pf	"	88,9	.	.	94,1	.	.	96,7	.	.	105,7	.	.	.	.	.
"	"	1949 = 100	"	108,7	110,8	112,9	115,0	116,1	117,1	118,2	120,8	123,5	126,1	.	.	.	.	.
Lebenshaltungskosten-Index																		
Gesamtlebenshaltung	VWG	1938																

Gegenstand	Ge- biet*)	Einheit†)	1950				1951										
			Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
Anzahl der Werktage:			26	26	25	24	26	24	25	25	24	26	26	27	25	27	25
Zentralbank																	
Überweisungen 1) nach Westdeutschland . . .	W-B	Mill. DM	S	226,4	242,9	251,9	263,8	267,6	254,2	254,4	285,0	276,1	283,5	278,8	290,9	291,4	390,4
von	"	"	E	142,0	151,4	162,1	185,5	176,2	184,4	174,2	212,9	191,4	201,7	204,6	215,7	225,9	246,6
Guthaben bei BDL	"	"	"	44,6	35,1	21,8	44,3	29,5	65,4	49,1	39,0	113,8	76,8	72,3	92,4	72,5	43,4
Notenumlauf an B-gest. Noten2)	W-B	Mill. DM	E	427	419	425	431	435	443	459	478	456	465	464	475	488	487
Wechselkurse3)	W-B	DM - Ost	D	4,95	5,00	5,35	5,60	5,65	5,70	5,20	4,75	4,65	4,55	4,55	4,50	4,40	3,80
Finanzen																	
Einnahmen aus Steuern . . .	W-B	Mill. DM	S	58,4	56,7	72,4	64,7	61,7	72,7	64,4	57,6	77,2	71,1	66,4	87,0	78,6	77,8
davon Umsatzsteuer	"	"	"	12,8	16,5	14,3	14,0	19,4	14,3	14,4	17,8	16,0	16,1	18,7	18,9	19,6	23,8
GARIOA-Kredite	"	"	"	20,0	20,0	20,0	20,0	20,0	20,0	40,0	18,5	116,5	15,0	15,0	15,0	15,0	15,0
ERP-Kredite	"	"	"	35,0	—	—	21,7	—	—	35,0	—	15,0	—	—	30,0	—	30,0
Bundeshilfe	"	"	"	54,0	64,5	41,5	41,5	42,4	61,4	45,7	57,0	—	51,9	57,4	90,0	59,4	59,8
Sparkasse, Spareinlagen . . .	W-B	Mill. DM	E	21,6	22,2	22,9	23,5	24,2	25,8	27,0	28,7	30,3	31,8	33,3	34,6	35,7	37,1
Kreditsicherheit																	
Konkursanträge	W-B	Anzahl	S	36	58	42	46	58	51	63	38	59	51	76	61	42	70
Eröffnete Konkurse	"	"	"	8	6	10	7	10	9	14	8	12	12	7	13	9	14
Lebenshaltungskosten-Index																	
Gesamtlebenshaltung	W-B	1938=100 4)	"	146,0	145,5	146,3	149,7	151,3	154,1	158,1	157,4	162,0	163,1	164,1	161,4	163,7	164,0
davon Ernährung	"	"	"	146,0	145,5	146,3	149,7	153,8	154,8	158,2	157,3	169,7	172,2	178,5	168,2	168,1	175,9
Hausrat	"	"	"	146,0	145,5	146,3	149,7	189,5	200,0	206,5	211,3	211,6	212,7	212,4	215,2	218,6	220,4
Bekleidung	"	"	"	146,0	145,5	146,3	149,7	195,7	205,1	216,4	211,7	211,0	210,9	206,9	206,0	207,8	204,4
Verkehr																	
Gütereingang, insgesamt . . .	W-B	1000 t	S	471,6	535,3	521,5	478,1	408,1	425,8	523,6	550,6	522,2	522,0	495,5	449,0	379,4	393,6
Eisenbahn	"	"	"	296,3	304,5	307,2	284,9	340,5	308,2	863,4	373,1	370,9	353,3	307,3	278,4	233,7	236,8
Straße	"	"	"	117,2	124,2	108,5	102,8	92,6	96,5	108,5	109,4	103,7	107,4	108,1	107,0	99,5	113,5
Binnenschifffahrt	"	"	"	58,1	106,6	105,8	90,4	7,7	21,1	51,7	68,1	47,6	61,3	80,1	63,6	46,2	41,9
Güterausgang, insgesamt . . .	"	"	"	119,7	101,4	90,6	83,8	68,1	62,0	73,6	78,7	77,4	82,2	83,8	81,0	78,7	78,0
Eisenbahn	"	"	"	48,5	35,3	30,6	28,9	21,0	21,3	21,3	23,6	23,1	24,0	27,2	27,0	28,3	29,8
Straße	"	"	"	25,1	25,6	25,6	23,3	24,1	22,8	23,4	28,3	29,5	29,1	30,8	27,9	25,0	29,5
Binnenschifffahrt	"	"	"	46,1	40,5	34,4	31,6	23,0	17,9	28,9	26,8	24,8	29,1	25,8	23,0	22,3	15,8
Luftfracht	"	"	"	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3,1	3,1	2,9
Post																	
Aufgegebene Telegramme . . .	"	1000	"	97	97	87	99	81	75	90	82	91	87	96	100	93	96
Aufgegebene Pakete	"	"	"	509	487	502	537	397	446	482	481	443	485	482	524	507	659
Fernsprech-Nahverkehr	"	"	"	16052	16576	16526	16558	16911	15565	16731	16791	16084	16606	16416	16525	16404	18629
Einzahlungen (DM-West) . . .	"	1000 DM	"	95940	92665	92440	101479	92302	93233	102527	101751	109184	110442	105491	109389	110681	120728
West-Warenverkehr																	
Bezüge aus Westdeutschland . .	W-B	Mill. DM	S	187,7	209,7	215,9	200,6	198,5	194,5	268,1	237,2	229,6	236,7	241,9	223,4	239,7	257,4
Lieferungen nach West-Dtschld. genehmigt	"	"	"	123,5	107,1	139,4	115,6	121,5	148,6	139,4	153,1	88,0	153,7	143,2	139,5	52,2	134,5
ausgeführt	"	"	"	78,4	81,6	87,8	85,7	85,9	89,8	99,2	97,5	86,8	88,7	89,1	91,1	92,1	102,1
Außenhandel																	
Tatsächliche Ausfuhr	W-B	1000 \$	S	2129	2201	3644	3001	2869	4021	4139	4207	4376	4531	4748	4371	5538	5419
" " " " " " " " " " " " " "	"	1000 DM	"	9073	9440	15270	12739	12033	17014	17480	17762	18612	19138	20235	18667	23523	22708
Industrieproduktion																	
Gesamtindex5), arb.-tgl	W-B	1936 = 100	"	—	—	43	—	38	43	46	46	43	44	41	42	49	46
dar. Elektrotechnik	"	"	"	—	—	56	—	52	55	61	61	57	62	56	54	68	55
Maschinenbau	"	"	"	—	—	81	—	29	32	38	38	40	38	38	38	40	41
Eisen- u. Metallwaren	"	"	"	—	—	28	—	27	30	28	28	29	30	30	30	32	29
Feinmechanik u. Optik	"	"	"	—	—	20	—	17	21	21	24	22	22	22	22	23	23
Stahlbau	"	"	"	—	—	31	—	22	24	25	28	27	34	37	25	29	32
Bekleidung	"	"	"	—	—	75	—	50	81	92	89	59	41	35	78	84	100
Druck	"	"	"	—	—	22	—	17	19	18	18	17	16	16	16	17	19
Papierverarbeitung	"	"	"	—	—	52	—	41	45	44	43	45	40	37	37	42	48
Chemie (o. Kunstfaser)	"	"	"	—	—	68	—	65	78	68	72	72	69	69	65	71	70
Holzverarbeitung	"	"	"	—	—	51	—	35	42	37	30	31	35	31	30	36	34
Stromerzeugung (Städt. Werke)	W-B	Mill. kWh	S	53,0	81,3	82,2	89,6	86,2	69,1	67,8	58,1	61,2	55,9	56,8	61,0	64,8	79,5
O-B	O-B	"	"	97,1	101,6	106,8	111,5	110,3	96,0	99,2	—	—	—	—	—	—	—
Gaserzeugung " " " " " " " "	W-B	Mill. cbm	"	22,4	23,9	24,3	27,8	26,4	23,4	26,3	24,5	24,4	22,6	23,5	22,7	23,5	25,6
O-B " " " " " " " "	O-B	"	"	16,8	17,9	17,6	20,0	20,3	19,8	21,6	—	—	—	—	—	—	—
Baugewerbe6)																	
Erwerbstätige	W-B	Anzahl	E	67036	66275	63838	60490	57350	59905	58824	53576	53340	51685	52000	53122	52365	52718
dar. Arbeiter	W-B	"	"	60503	59817	57538	54080	51190	53687	52590	47399	47258	45656	45893	47071	46333	46775
Tagewerke, insgesamt	W-B	1000	S	1368	1350	1285	1215	1024	1010	1175	1066	1028	1062	1019	1072	1020	1056
Enttümmerung und Abbruch . .	"	"	"	348	350	318	330	309	309	350	256	232	241	216	217	210	197
Sonstige	"	"	"	1020	1000	967	885	715	701	825	810	796	821	803	855	810	859
Arbeitsmarkt																	
Erwerbstätige, insgesamt . . .	W-B	1000	E	880	887	886	878	873	881	885	884	888	890	896	905	907	911
O-B " " " " " " " " " " " "	O-B	"	"	598	601	604	606	605	606	—	—	—	—	—	—	—	—
Selbst.u.mithelf. Fam. Angeh. .	W-B	"	"	141	141	141	141	140	140	141	141	141	140	140	140	140	139
O-B " " " " " " " " " " " "	O-B	"	"	73	72	72	71	71	70	—	—	—	—	—	—	—	—
Arbeiter und Angestellte . . .	W-B	"	"	740	746	745	738	733	740	745	743	747	750	756	765	767	771
O-B " " " " " " " " " " " "	O-B	"	"	525	529	532	534	534	536	—	—	—	—	—	—	—	—
Arbeitslose, insgesamt	W-B	"	"	295	278	279	286	292	286	284	290	287	286	292	285	268	263
O-B " " " " " " " " " " " "	O-B	"	"	81	20	29	28	29	28	—	—	—	—	—	—	—	—
in vH der Arbeitnehmer	W-B	vH	"	28,5	27,2	27,3	28,0	28,5	27,9	27,6	28,1	27,7	27,6	27,9	27,1	25,9	25,4
O-B " " " " " " " " " " " "	O-B	"	"	5,6	5,3	5,1	4,9	5,1	5,0	—	—	—	—	—	—	—	—
Sozialversicherung																	
Rentenempfänger	W-B	1000	"	311	313	315	317	317	316	317	321	321	326	327	329	330	330
Ausgezahlte Renten	"	Mill. DM	"	18,8	18,8	18,5	18,8	19,6	19,4	20,4	20,9	21,3	21,7	22,0	22,0	30,7	30,4

*) W-B = West-Berlin, O-B = Ost-Berlin. — †) D = Monatsdurchschnitt, E = Monatsende, S = Monatssumme. — Kursive Zahlen: vorläufig oder geschätzt. —
o) Berichtete Zahl.
1) Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr (ohne öffentl. Kredite). — 2) Einschl. Umlauf außerhalb West-Berlins. — 3) Vom Landesfinanzamt mitgeteilter Durchschnittskurs für 1 DM-West. — 4) Berechnet für eine vierköpfige Arbeitnehmerfamilie nach dem Verbrauchsschema des Statistischen Bundesamtes. — 5) Neuberechnung des DIW; Gesamtindex ohne Gas- u. Stromerzeugung, Nahrungs- u. Genussmittel u. Bauwirtschaft. Vierteljährlich; monatliche Fortschreibung nach den Lieferwerten. —
6) Ohne Baubewerke.
Soweit es sich nicht um Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung handelt, entstammen die Angaben folgenden Quellen: Statistisches Landesamt Berlin. — Senat der Stadt Berlin, Abteilungen Wirtschaft, Verkehr und Finanzen. — Landesfinanzamt Berlin. — Berliner Zentralbank. — Statistisches Bundesamt, Wiesbaden. — Hauptamt für Statistik von Groß-Berlin (Ost).